

Revanche bloßzustellen und ihre Aussichtslosigkeit, Gefährlichkeit und Schädlichkeit sichtbarer zu machen. Die Aktivität jener Kräfte wuchs, die sich für eine Politik der Vernunft einsetzen.

Die Regierungen des westdeutschen Monopolkapitals aber, von Adenauer über Erhard bis zu Kiesinger/Strauß, haben ausnahmslos alle Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik für gleichberechtigte Verhandlungen und für eine Normalisierung der Beziehungen, für Atomwaffenverzicht, Rüstungsbegrenzung und europäische Sicherheit von vornherein starr und uneinsichtig abgelehnt. Das Bonner Regime hat sich damit erneut als Feind friedlicher Verständigung, als Hauptstörenfried in Europa erwiesen.

Anstatt auf die konstruktiven Vorschläge der DDR für Entspannung und Verständigung einzugehen, haben die Regierungen des westdeutschen Monopolkapitals und seiner CDU/CSU die Aufrüstung beschleunigt. Sie haben das Streben nach Mitverfügung über Atomwaffen verstärkt und mit Notstandsgesetzen und fortschreitendem Abbau demokratischer Rechte die innere Vorbereitung des westdeutschen Staates und seiner Bevölkerung auf militärische Abenteuer vorangetrieben.

Ausdruck für den verschärften Kurs extremer Feindseligkeit gegen die DDR waren die Ausarbeitung des „Grauen Plans“ des Bonner Forschungsbeirates zur Annexion und Ausplünderung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates und das Kriegs- und Notstandsmanöver „Fallex 66“. Damit haben die CDU/CSU und ihre Regierungen den Graben zwischen den beiden deutschen Staaten weiter vertieft und die Spaltung zementiert.

Insbesondere seit dem Amtsantritt der Regierung Kiesinger/Strauß hat sich die Bonner Politik der Sabotage jeder Verständigung, der Blockade gleichberechtigter Verhandlungen beträchtlich verschärft. Unsere Partei hat die Bildung der Regierung Kiesinger/Strauß sofort richtig als einen Ruck nach rechts auf der Linie des Nationalismus, des Revanchismus und der sozialen Reaktion eingeschätzt. Wir haben festgestellt, daß diese Regierung, gestützt auf die vereinten reaktionären Kräfte, den Kampf um die Vorherrschaft Westdeutschlands in Westeuropa und zugleich den psychologischen Krieg gegen die DDR mit neuen Methoden und gesteigerter Demagogie führen soll.

Die Regierung Kiesinger/Strauß mit ihren sozialdemokratischen Ministern weigert sich noch verbissener als ihre Vorgänger, die Deutsche Demokratische Republik anzuerkennen. Sie vertritt in besonders zugespitzter Form den im höchsten Grade friedensgefährdenden Alleinvertretungsan-